

„Österreich Gespräch“, ORF 2, 15. 3. 2000, 20.15

Massnahmen der 14 EU-Staaten gegen Österreich

Teilweise Abschrift

Gernot Erlner, stv. Fraktionsvorsitzender und aussenpolitischer Sprecher SPD, MdB

„Die Massnahmen der 14 EU-Staaten richten sich gegen eine bestimmte Regierungsbildung und sie richten sich nicht gegen das österreichische Volk überhaupt nicht gegen die Bevölkerung, sondern sie sind ein Ausdruck einer tiefen Sorge über diese Regierungsbildung und über die Folgen, die das möglicherweise, das müssen wir befürchten nach allem, was wir über diese eine Regierungspartei, nämlich die FPÖ wissen, was das für Folgen für den europäische Integrationsprozess und über die Zukunft eines Europa mit Toleranz und ohne Fremdenfeindlichkeit haben müssen. Und insofern kann das überhaupt nicht erwünscht sein, was hier eben berichtet worden ist. „ (Schülerinnen und Schüler aus Österreich wurden an einer Konferenz in Strassburg zu Projekten der europäischen Jugend ausgebucht, als sie nur gesprochen hatten, ihre Anträge wurden prinzipiell abgelehnt, sie wurden als Faschisten beschimpft

anschliessend:

Dr. Susanne Ries_Passer, Vizekanzlerin

„Ich glaube, dass wir das zum Anlass nehmen sollten, auch darüber nachzudenken - für alle, nicht nur für Österreich, sondern in der EU insgesamt, wie die Kultur des Dialogs auf europäischer Ebene, auf politischer Ebene in Zukunft erfolgen sollte, weil das ein Warnsignal eigentlich dafür ist, was die Folge sein kann von Sanktionen, die auf politischer Ebene verhängt wurden und die viel tiefer gehen und die auch die Frage der europäischen Solidarität und der Gemeinsamkeit durch diese Sanktionen natürlich in Frage gestellt wurde. Das ist eine Vertrauenskrise, die jetzt entstanden ist und zwar eine Vertrauenskrise, nicht nur zwischen politischen Parteien oder politischen Mitbewerbern, sondern eine Vertrauenskrise auch innerhalb der europäischen Union, zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten, aber auch einer Vertrauenskrise zwischen der europäischen Union und ihren Bürgern. Und wir sollten bei dieser Diskussion nicht darauf verzichten, darüber zu diskutieren, dass die Achtung demokratischer Entscheidungen in einzelnen Mitgliedsstaaten auch dann, wenn einem das Ergebnis vielleicht nicht gefällt, ein Grundprinzip sein muss. Das Grundprinzip der Demokratie, der freien Mehrheitsbildungen muss ein Prinzip sein, das die Europäischen Union ausnahmslos achtet und es gibt keinen einzigen Punkt, in dem Österreich weder durch diese Regierungsbildung noch durch irgendetwas, was diese Regierung getan hätte, gegen den Geist oder die Worte der Europäischen Verträge verstossen hätte. Das heisst, Österreich ist ein Vollmitglied der Europäischen Union mit allen Rechten und Pflichten, die wir auch wahrnehmen. Es gibt nichts, was man dieser Regierung in dieser Hinsicht vorwerfen kann und es ist mir wichtig, auch in diesem Zusammenhang festzuhalten, wenn wir auch in dieser Frage der Sanktionen und die Legitimität solcher Aktionen diskutieren sollten auch von Seiten der Europäischen Union.“

anschliessend

Gernot Erler, stv. Fraktionschef SPD

„Ich bin hier Gast und ich werde mich sehr vorsichtig äussern. Ich möchte mich auch bedanken für die Möglichkeit, dass ich hierher kommen konnte. Aber sehen Sie, wenn Österreich schon in der Tat verstossen hätte gegen europäisches Recht, dann gäbe es Möglichkeiten von Sanktionen nach Paragraph 6 und Paragraph 7 des europäischen Vertrags usw. Das kennen wir alle - das ist nicht erfolgt.

Was erfolgt ist, ist der Ausdruck einer tiefen Sorge und sehen Sie: Sie gehören einer Partei an, deren wichtigster Sprecher es für richtig hält, zu SS-Kameradschaften zu gehen und dort ein Bild der Anerkennungen der Leistungen dieser Leute zu überbringen. Das ist leider überliefert, diese Zitate haben wir aus öffentlichen Quellen aus Ihrem Land und der z.B. jetzt vor wenigen Tagen am Aschermittwoch einen wichtigen Präsidenten, der zukünftige Präsident übrigens, der die Präsidentschaft hat in Europa, nämlich Herr Chirac, bezeichnet als den Westentaschennapoleon des 21. Jahrhunderts. Ich meine, da kann man nicht nur Betroffenheit und gute Worte machen, sondern da muss man das immer wieder erklären und ich befürchte, Sie werden immer wieder in diese Zwangslage reinkommen, solche Dinge dann zu erklären, die nicht zu erklären sind und die Ihr eigener Beitrag zur Selbstisolierung sind. Da kann man sich nicht nur darüber beklagen, sondern da muss man sich fragen, das sind wohl die Quellen von dieser Isolierung.“

Ries-Passer:

Marius Scharer:

„Als Landes- und Bundesschülervertreter erschüttern mich die Erfahrungen, die die Schüler machen mussten. Was werden Sie im deutschen Bundestag tun, und zu einer Relativierung aufzurufen, um zu differenzieren, sind das Schüler oder sind das Regierungsvertreter. Was werden Sie dazu tun, um solche Vorkommnisse zu verhindern?“

Gernot Erler:

Vielen Dank für die Frage. Ich möchte Wert darauf legen, dass weder von unserer Partei noch von irgendeiner anderen Partei Aufrufe, die österreichische Bevölkerung zu bestrafen, gekommen sind. Ich möchte ausdrücklich betonen, der ich mich stark mit Osteuropa beschäftigt habe, der ich mich auch mit der Rolle Österreichs beschäftigt habe, möchte sagen, dass wir Österreich brauchen, dass Österreich bisher eine ausserordentlich konstruktive Rolle gespielt hat unter den sozialdemokratischen Bundeskanzlern, aber auch unter einem Aussenminister Wolfgang Schüssel in der Vergangenheit.

Wir kommen jetzt in eine ganz entscheidende Phase der europäischen Integration. Jetzt stehen wirkliche Entscheidungen an, und da ist eine Sache ganz schwer auszuhalten: Dass nun ausgerechnet Österreich, das von der Wirkung her in die osteuropäischen Staaten, in die mitteleuropäischen Staaten, genau in die, die jetzt in die vordersten Reihe dieses Erweiterungsprozesses stehen, auf einmal Signale aussendet, die schädlich sind. Und es tut mir furchtbar leid, diese Signale kommen von diesem Landeshauptmann, der ja leider nicht nur eine provinzielle Rolle hat, sondern der wahrgenommen wird als der wichtigste Sprecher einer dieser Regierungsparteien. Und diese Signale aus Österreich, in dieser Rolle der Mitbeteiligung an der

Regierung hat grosse Zweifel an der Osterweiterung. Es gibt einen Minister in Ihrem Kabinett, Herr Bundeskanzler, der heisst Michael Schmidt, der gehört immer noch einer Initiative gegen die Osterweiterung der EU an. Das ist schwer erträglich und ich sage Ihnen eins: In diesen Ländern gab es auch mutige Regierungen, wenn ich das noch sagen darf. In Polen z.B. ist vier Mal hintereinander die Regierung abgewählt worden vom Wähler nach 4 Jahren, weil sie von den Leuten Opfer verlangt haben für den Transformationsprozess, um in die EU eintreten zu können. Und wenn jetzt in Europa Stimmen laut werden, die genau das Gegenteil machen, nämlich mit populistischen Parolen Ängste, latente Ängste, die ja vorhanden sind, zu schüren gegen die EU-Osterweiterung, dann entwerten wir diesen Mut und diese Opferbereitschaft von ganzen politischen Klassen in diesen Beitrittsländern. Das kann für die Demokratie für die europäischen Zukunft enorme Gefahren bergen. Und da ist der Hintergrund für diese Massnahmen, die sich nicht gegen die Bevölkerung richten, die sich nicht gegen Österreich richten, die im Gegenteil eigentlich erreichen und herbeiführen sollen, dass Österreich wieder diese oder weiter diese positive, diese sehr konstruktive Rolle einnimmt. Das wollen wir erreichen. Das ist eine Notmassnahme, nichts anderes.“

Schüssel: Klare Diskriminierung

Monsieur **Pierre Lellouche**, ehemaliger aussenpolitischer Berater von Jacques Chirac

Ich möchte zunächst als französischer Abgeordneter etwas sagen, also nur für mich sprechen. Ich spreche dabei nicht für die Regierung, spreche auch nicht für den Präsidenten der Republik. Ich möchte etwas klarstellen. Für mich geht es nicht darum, den Österreichern zu sagen, was sie wählen sollen und wen sie wählen sollten. Das ist ein unveräusserliches Recht jedes Volkes, die Regierung zu wählen, die es haben möchte.

Aber dabei stellt sich eine Frage: Österreich hat mit dem übrigen Europa einen Vertrag unterzeichnet und dieser Vertrag ist eindeutig. Das gesamte europäische Aufbauwerk seit dem Ende des 1. Weltkrieges läuft auf das „Nie wieder“ hinaus: Nie wieder Fremdenhass, nie wieder Rassismus, nie wieder Ultrationalismus, der zum Untergang des ganzen Kontinents geführt hat. Art. 6 des Vertrages ist der Schlussstein und beinhaltet demokratische Verpflichtungen. Wenn man der Europäischen Union beitrifft, dann tut man das ein für alle Mal. Es gibt eigentlich keinen Austritt mehr und man übernimmt dabei demokratische Verpflichtungen auch ein für alle Mal. Das ist, warum Spanien so lange auf den Beitritt warten musste und unter Franco war das nicht möglich, dasselbe galt für Portugal unter Salazar, für Griechenland unter dem Obristenregime und für andere, die oft bis 20 Jahre warten mussten auf ihren Beitritt. Die Österreicher der ÖVP vor allem Andreas Khol und Alois Mock, mit dem ich ja jahrelang zusammengearbeitet habe, gerade um den Beitritt Österreichs zu bewirken, haben uns immer beglückwünscht, nicht mit Le Pen zusammenzuarbeiten und den französischen Faschisten, und haben uns immer beruhigt, in Österreich werden wir das nie tun. Und wir waren uns einig in den grossen demokratischen Freiheiten. Heute - ich habe nichts gegen die Österreicher - wirklich nichts und ich will auch den Österreichern nichts aufzwingen - wer wäre ich, um so etwas versuchen zu wollen? Ich stelle fest, dass ein gefährlicher Widerspruch besteht zwischen einer Koalition mit einer rechtsextremen Partei, die weiterhin fremdenfeindliche, ultrationalistische Aussagen von sich gibt und den Respekt vor den europäischen Gesetzen, 80% der Gesetze, die direkt eingehen in das französische Recht, in das deutsche Recht, in das österreichische Recht, werden ja gemeinsam mit Österreich erarbeitet. Und das führt doch irgendwo zu einem grossen Problem, ein Problem für die europäische Mitte, die in der europäischen Volkspartei neben der österreichischen Volkspartei sitzt. Wir sitzen neben den ÖVP-Abgeordneten. Als wir noch die gleiche Politik betrieben, hatten wir kein Problem, aber jetzt, wo Haider in der

Regierung sitzt, haben wir ein Problem, solange diese Regierung in Österreich besteht. Das ist unserer Schwierigkeit und das Problem ist heikel. Es ist wichtig, dass sich die Österreicher dessen bewusst werden und das Kenntnis nehmen. Ich weiss, dass nicht alle Österreicher für Haider gestimmt habe, aber solche Haider gibt es anderswo in Europa, auch noch in der Schweiz, in Belgien und überall in Europa gibt es leichte Ansätze. Da müssen wir aufpassen, um die Demokratie nicht in Gefahr zu bringen. Das Ziel, das letzte Ziel Europas ist es nicht, miteinander Handel zu treiben, sondern den Frieden zu gewährleisten.“

Klaus Kinkel, ehm. deutscher Aussenminister

Moderatorin: „Sie haben in der Situation zwischen Österreich und der EU bisher immer die Position vertreten, dass Sie nichts von den Sanktionen der 14 EU-Staaten halten, unter anderem unter dem Aspekt, damit die Person Haider und die FPÖ aufzuwerten. Könnten Sie das erläutern?“

Kinkel: „Ich bin bei dieser Position geblieben und werde auch dabei bleiben in Zukunft.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich mich bewusst habe von hier aus Deutschland habe zuschalten lassen, weil ich dabei auch meine eigene Regierung, die deutsche Regierung kritisieren will, Das tut man nicht im Ausland, nicht, das ist eine Stilfrage.

Aber von hier aus kann ich deutlich sagen, was ich davon halte. Ich kann meine Stellungnahme ganz kurz fassen.

1. Herr Haider und die FPÖ sind demokratisch gewählt
2. Ich habe immer gesagt, dabei bleibe ich ebenfalls, dass ich alles andere als glücklich bin, dass die FPÖ in der österreichischen Regierung drin ist, aber das ist nicht unsere Entscheidung. Diese Entscheidung hat Österreich selber zu fällen. Da haben wir uns von draussen meines Erachtens nicht dreinzumischen.

Ich bin auch der Meinung, dass Herr Haider gerade in letzter Zeit zu oft unglückselige Erklärungen abgegeben hat, die nun in der Tat kritikwürdig sind, Aber das die eine Seite. Aber die andere Seite ist, dass ich für völlig überzogen halte, wie die Europäische Union reagiert hat, dass ich den Eindruck, dass man sich völlig vergaloppiert hat und dass das mit europäischem Geist nichts zu tun hat. Ich durfte ja ein klein wenig mitwirken, dass Österreich hereingekommen ist in die Europäische Union. Sie sind gute Europäer. Wolfgang Schüssel hat ein prima Präsidenschaft hingelegt als Aussenminister und ich glaube, dass es auch insbesondere die Pflicht der deutschen Regierung gewesen wäre, eine solche - in meinen Augen jedenfalls unsinnige, absolut kontraproduktive Entscheidung bei den Europäern zu verhindern. Wohin das führt, sieht man klar und deutlich. Was die Schüler gesagt haben, macht sehr deutlich, wohin die Reise geht. Hier wird ein Haider-Zirkus aufgebaut und ich füge hinzu. Europa hat wahrlich andere Sorgen und Nöte und sollte sich um die wesentlichen Fragen kümmern. Man kann ein Land nicht einfach in eine Ecke stellen, das Mitglied in der Europäischen Union ist - ich wiederhole, ein gutes Mitglied - , nur weil eine FPÖ/ÖVP Regierung nicht passt.

Wolfgang Schüssel kennt meine persönliche Einstellung. Ich habe sie direkt nach der Wahl mitgeteilt. Ich habe mit meiner Meinung nicht hinterm Berg gehalten, aber was im Augenblick

stattfindet, finde ich lächerlich.“

Was viele Äusserungen von Herrn Haider angeht, würde ich schon sagen und bleibe dabei: Wehret den Anfängen“. Aber den Europäern rufe ich zu: „Wehret der Lächerlichkeit“.

Moderatorin: „Ist das durchgehend auch die Meinung Ihrer Partei, der FDP?“

Kinkel: „Eindeutig ja. Es ist im übrigen - das mag unsere Nachbarn, die Österreicher beruhigen - auch die überwiegende Meinung der Medien und auch die weit überwiegende Meinung in der deutschen Bevölkerung. Aber ich sage sie nicht deshalb und ich habe sie von Anfang an geäußert. Und ich kann jetzt aus Deutschland raussprechen, zugeschaltet, auch deutliche und klare Worte finden. Und ich habe auch gesagt, wer rausgeht aus einem Zimmer oder Veranstaltung muss auch wieder rein. Ich bin gespannt, wie die Europäer den Weg zurückfinden. Ich bin unglücklich darüber, dass leider Gottes bei diesem falschen Aufgalopp die Bundesregierung die Peitsche mitgeschwungen hat.“

Dr. Andreas Unterberger, Die Presse.

Zwei Punkt, als Kommentar.

Ich meine sehr wohl, dass wir auch Rechtsverletzungen des EU-Vertrages anschauen müssen. Nur würde ich gleich auf den Artikel 1 blicken, wo etwas steht von Solidarität unter den Völkern und da frage ich mich schon, ob nicht auch 14 andere Völker selbstkritisch oder vielleicht auch einmal auf rechtlicher Ebene diese Frage prüfen müssten. Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Nation, aufgrund der Weltanschauung, was nach einhelliger Judikatur des Europäischen Gerichtshofs Teil des europäischen Rechtsbestandes ist. Wenn österreichische Diplomaten nur, weil sie Österreicher sind, bei einer Kandidatur in der UNO nicht von ihnen unterstützt werden, obwohl sie nicht einmal eigene Kandidaten haben, sie enthalten sich der Stimme, dann mein ich, verletzen sie sehr wohl gar massiv diese Solidaritätspflicht.

Meine 2. Anmerkung:

Alle jene, die zu differenzieren versuchen, dass es gerechtfertigt sei, ja die Regierung, die könne man schon boykottieren oder Massnahmen ergreifen, begehen einen ganz kapitalen logischen Denkfehler. Wenn ich dieses Signal meinen Bevölkerungen in den 14 Ländern aussende, dann ist es völlig logisch und legitim, dass die Bürger es so auffassen: Ja dann haben wir das Recht und fast die Pflicht, die österreichischen Bürger zu bestrafen, zu isolieren zu diskriminieren, die ja diese Regierung mehrheitlich gewählt haben. Das ist ein Freibrief, den alle zu verantworten haben, die diese Diskriminierung, die in Österreich wie die im Ausland, unterstützen.

Hans Gert Pöttering, CDU, Fraktionsvorsitzender der EVP, 233 Abgeordnete

„Wir haben kein Verständnis für Minister in Europa, die österreichische Kollegen nicht die Hand geben. Sie beschämen sich damit selber. Wir werden darauf bestehen, dass das europäische Recht

eingehalten wird. Denn das ist das wichtigste, was wir in Europa erreicht haben: Die Einhaltung des Rechts. Die Konflikte, die wir miteinander haben in Europa - und Konflikte sind überall normal, im persönlichen Leben und im politischen Leben, dass wir sie mit friedlichen Mitteln austragen. Es gibt keinen Grund, sich so gegen Österreich zu verhalten, wie wir das gegenwärtig erleben. Ich empfehle Wolfgang Schüssel und der österreichischen Regierung, dass sie selbstbewusst ihren Kurs auch in Zukunft fortsetzen auf Europa orientiert. Und sie werden von uns mit Fairness behandelt. Dafür werden wir unseren Beitrag im europäischen Parlament und in der europäischen Union leisten.“

Klaus Hänsch, ehm Präsident d. europ. Parlaments, SPD

„Zunächst einmal ist es natürlich das Recht Österreichs, die Regierung zu haben, die nach demokratischen Mechanismen zustande gekommen ist. Aber es ist auch das Recht der 14 anderen Regierungen und der gesamten europäischen Öffentlichkeit, sich ausserordentlich kritisch und hart dazu zu äussern. Es gibt diese Unterscheidung zwischen innen und aussen und Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen EU-Staates nicht mehr. Das geht uns in Europa alle an und das gilt eben auch für Österreich. Insofern begrüsse und unterstütze ich, dass die Regierungen eine klare Meinung geäußert haben und übrigens sehr viele Parteien in der europäischen Union- unter anderem die sozialdemokratischen.

Etwas anderes ist, ob Boykottmassnahmen dazu führen, tatsächlich dazu führen, dass sich die Verhältnisse in Österreich, auch die Regierungsverhältnisse, die wir ablehnen, ändern. Und da glaub ich, dass wir nicht über das Ziel hinausschiessen dürfen. Es kann keine Sippenhaft geben für etwas, was einige in Österreich, einige Politiker äussern, für die ganze österreichische Bevölkerung und es kann auch nicht eine Sippenhaft geben für Österreicher für das, was die Regierung im einzelnen tut.

Es ist mehrfach gesagt worden, sie hätten Vertrauen in die österreichische Regierung, in den österreichischen Bundeskanzler. Man wird einem Sozialdemokraten nachsehen, dass er dieses Vertrauen nicht hat. Aber ich habe Vertrauen in die österreichische Bevölkerung, dass sie mit der Situation, in die sie gekommen ist, fertig wird. Und dass es ihr gelingt, eine Regierung zu bilden, demnächst, die den europäischen Gedanken nicht nur nach Worten, sondern auch nach Taten unterstützt und die vor allem die Mehrheit der Österreicher repräsentiert.“